

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin Konrad,

zum Punkt 5. Anfragen der Stadtratsmitglieder der Tagesordnung gibt es viele Fragen, die sich die CSU und auch viele unserer Bürger stellen. Einige Fragen beziehen sich direkt auf unser „Trojaner-Problem“, einige zu den allgemeinen Verwaltungs- und Bürgermeisteraufgaben.

Manche Fragen hätten die Bürgerinnen und Bürger sicher gerne persönlich gestellt, doch leider gibt es dafür derzeit wenig Möglichkeit. Dies liegt vor allem darin begründet, dass die Bürger unter Punkt 1 der Tagesordnung nur Fragen zu den Tagesordnungspunkten stellen dürfen. Alle anderen Fragen sind in der Bürgermeistersprechstunde zu stellen, weshalb sich hier die

**1. Frage** stellt: Weshalb fällt die Bürgermeistersprechstunde so oft aus und warum gerade jetzt zweimal hintereinander?

Die nächsten Fragen, die uns mehrfach von Bürgerseite gestellt wurden, beziehen sich auf unser EDV- Problem und auf unsere Stadtwerke. Fragen, die wir gerne an Sie, Frau Konrad, weiterleiten möchten:

**Frage 2:** Wann wird es eine öffentliche Stadtratssitzung geben, in welcher die Informationen zum „Trojaner-Problem“, zum Datenverlust, zu Datenschutzproblemen, zu den außergewöhnlichen Belastungen des Haushalts und zur Zukunft der Dettelbacher Stadtwerke gegeben werden und in welcher die Informationen aus erster Hand an die Bürger gelangen sowie Fragen gestellt werden können? Oder wird es eine Bürgerversammlung geben? Die Bürger haben im Moment nämlich wenig Möglichkeit, Fragen an Sie zu stellen.

Die Bürger kamen deshalb verstärkt auf uns zu, besonders interessiert sie die Frage, ob Frau Bürgermeisterin Konrad solche schwerwiegenden Entscheidungen, wie z.B. die Lösegeldzahlung selbst treffen darf und ob so ein schwerwiegender Datenverlust passieren darf oder ob sie zum Rücktritt aufgefordert werden muss.

Wir als CSU Fraktion sind der Meinung, Fehler können und werden passieren, es geht nur um die Art und Weise, wie man mit Fehlern umgeht und ob man aus ihnen etwas lernt. Wir haben beim „Trojanerproblem“ vermisst, dass eine Bürgermeisterin als Chefin, wie auch in einem Unternehmen, Verantwortung übernimmt, egal ob sie selbst Schuld hat oder nicht. Von einer Chefin oder einem Staatsoberhaupt erwartet man, dass die Bürger oder Kunden beruhigt werden, dass es eine Entschuldigung gibt, Lösungen angeboten und auch Gespräche mit den Mitarbeitern geführt werden, denn auch diese haben Ängste und dürfen nicht in Unwissenheit gelassen werden. Die Mitarbeiter sind der Antrieb in jedem Unternehmen.

Bei unseren Bürgerinnen und Bürgern herrscht große Verunsicherung, bitte gehen Sie auf die Bürger zu, klären Sie ohne Widersprüche lückenlos auf, entschuldigen Sie sich für die Unannehmlichkeiten und sorgen Sie durch Sicherheit dafür, dass unsere Bürger auch weiterhin Kunden der Stadtwerke bleiben. Der Imageschaden aus dieser Angelegenheit ist weit über die Landkreisgrenze bzw. Landesgrenze hinaus bekannt; wir müssen zumindest die Zufriedenheit unserer Bürger und Kunden wieder herstellen.

CSU-Dettelbach, Falterstraße 11, 97337 Dettelbach

Telefon (p.) 09324/982294, Telefax 09324/979944, Mobil 0170/3372751

hannweber-marcel@t-online.de, www.csu-dettelbach.de

VR Bank Kitzingen, IBAN DE9079190000000427780, BIC GENODEF1KT1, Konto 0000427780, BLZ 79190000

**Frage 3:** Weshalb wurden die Bürger so spät informiert und weshalb gab es erst so spät eine Pressekonferenz?

Zuerst möchten wir uns bedanken, dass nach mehreren Wochen Pressesperre, eine Zeit der Spekulation und Angst der Bürger, endlich eine Pressemitteilung herausgegeben bzw. eine Pressekonferenz einberufen wurde. Die Pressemitteilung war nüchtern formuliert, aber leider sehen nicht alle Bürger das Problem so nüchtern wie die Verwaltung bzw. wie Sie, Frau Konrad. Wir als CSU-Fraktion distanzieren uns klar von einigen Punkten der Pressemitteilung. Diese ist in vielen Punkten widersprüchlich und definitiv nicht mit dem Stadtrat abgesprochen. Wir möchten uns keine Amtsanmaßung nachsagen lassen, dennoch ist dieses Thema so empfindlich und präsent und wahrscheinlich die schlimmste Panne der vergangenen Jahre.

**Frage 4:** Weshalb hat es keine Sondersitzung des Haupt- und Bauausschusses gegeben oder zumindest eine Fraktionsvorsitzendenbesprechung für die Stadtratssitzung am 29. Februar 2016, obwohl das Ausmaß so schwerwiegend ist?

**Frage 5:** Weshalb wurden der Stadtrat und insbesondere die Bürger nicht ordentlich eingeladen zur Pressekonferenz?

Die Informationspolitik aus der Verwaltung zum Stadtrat war zwar gegeben, jedoch lückenhaft. Hinzu kommen die unzureichende Pressearbeit und die Nachrichtensperre, wodurch das Thema „Trojaner- Affäre“ erst medial hochgekocht ist. Diese Verantwortung tragen allein Sie, Frau Konrad! Dass der Stadtrat zur Pressekonferenz nicht explizit eingeladen wurde, sondern nur durch cc per E-Mail in Kenntnis gesetzt wurde, ist sehr grenzwertig, zumal einige Informationen bis zur Pressekonferenz nicht einmal dem gesamten Stadtrat bekannt waren.

**Frage 6:** Hat der Kommunale Prüfungsverband mit der Untersuchung und Prüfung begonnen?

**Frage 7:** Wie kann die Verwaltung durch fehlende Unterlagen vor allem bei den Stadtwerken, die Probleme in den Griff bekommen? Kann die Jahresrechnung prüfbar erstellt werden?

**Frage 8:** Gerade in unserem Unternehmen der Stadtwerke herrscht eine große Verunsicherung. Weshalb wurden bzw. werden unsere Kunden/Bürger nicht persönlich angeschrieben?

**Frage 9:** Haben wir bereits erste Konsequenzen bei den Stadtwerken von Bürgerseite zu verzeichnen, z.B. Kündigungen der Stromabnehmer?

**Frage 10:** In der Pressemitteilung heißt es: „gleichzeitig erstatteten wir Anzeige bei der Polizei“ und weiter: „Ich ging davon aus, dass dieser Vorgang mit der Polizei abgestimmt ist.“ In der Pressekonferenz sagten Sie jedoch persönlich: „Ich habe mit der Polizei nicht gesprochen.“

- Wussten Sie nun Bescheid über das Vorgehen zum Thema Lösegeld oder nicht?
- Wer hat die Anzeige (Strafanzeige) gestellt?
- Wurden Sie davon vorher informiert?

**Frage 11:** In der Pressekonferenz teilten Sie weiterhin mit, dass Sie erst seit 3 Jahren Bürgermeisterin sind, vorher nicht und dass Sie das eingesetzte EDV-System und Sicherheitskonzept als von Ihren Mitarbeitern empfohlenes System beibehalten haben. Der Server wird seit 2013 umgebaut.

Hätten wir diesen Schaden verhindern können, z.B. durch Mitarbeiter-, Abteilungsleiter- oder Fachgebietsleiter-Meetings?

**Frage 12:** Während des Serverumbaus seit 2013 wurde es nicht für erforderlich erachtet, dass externe Speichermedien wie z.B. Wechselplatten bzw. Streamerbänder angefertigt werden.

- Wer hat entschieden, keine externen Speichermedien anzufertigen?
- Weshalb kann nicht innerhalb der Verwaltung herausgefunden werden, wer das veranlasst hat?
- Wieso wird hierzu der Prüfungsverband benötigt?
- Wer war beim Entscheidungsprozess beteiligt?
- Hat es Besprechungen zu diesem Thema vor der Auftragsvergabe und während der Ausführung gegeben?
- Wieso wissen die Geschäftsleitung/Bürgermeisterin/Abteilungsleiter nichts?
- Wie fand und finden Kontrollen der Arbeiten statt, die intern und extern vergeben werden?

**Frage 13:** Sind auch in anderen Fachgebieten die Prozesse so intransparent, dass weder eine Bürgermeisterin noch die Geschäftsführung wissen, was in der Verwaltung passiert?

**Frage 14:** Gibt es regelmäßige Abteilungs- bzw. Fachbereichsleitertreffen sowie Mitarbeiterschulungen, insbesondere für die Themen EDV, UVV und Datenschutz?

Zum Abschluss unseres Fragenkatalogs möchten wir hier im Stadtrat einmal in aller Deutlichkeit sagen:

Wir als Stadträte sind gewählte Volksvertreter und gelten als Bindeglied zwischen Bürgermeister und unseren Bürgern. Wir müssen jede Entscheidung mittragen, die von Ihnen getroffen wird, Frau Konrad, doch versteht es sich von selbst, dass man zusammenarbeitet, keine Informationen zurückhält und den Stadtrat vollständig informiert.

Eine Stadtverwaltung ist kein Unternehmen, in dem ein Chef seine Entscheidungen nur gegenüber sich selbst und vielleicht seinen Mitarbeitern gegenüber rechtfertigen muss. Nein, in einer Verwaltung geht man mit Steuergeldern um, weshalb eine ordentliche, transparente Informationspolitik wichtig ist. Die Bürger haben ein Recht darauf! Vielen Dank.

Stellungnahme der CSU Fraktion  
MfG M. Ramm